

## Ungarn und Südosteuropa

TAMÁS MAGYARICS

Nach dem Kalten Krieg waren die Sicherheit und Stabilität Europas ernst nur von dem südöstlichen Teil des Kontinents, vom Balkan gefährdet. Ausschliesslich in diesem Bereich folgte bedeutende Gewalt die Auflösung der Länder, die früher künstlich gegründet wurden – außer der Vorfällen, welchen in den kaukasischen Mitgliedstaaten der Sowjetunion geschehen. In Ungarn bekamen die Ereignisse Jugoslawiens große Aufmerksamkeit. In der Nachbarschaft ausgesprengte bewaffnete und nicht bewaffnete Konflikte berührten grundlegende ungarische Interessen wegen der geographischen Nähe; die Lage der hunderttausenden ungarischen Minderheit, in erster Reihe in der Vojvodina, das heisst, unter serbischer Obermacht, machte ernste und fundierte Besorgnisse in Budapest, wo die jedesmalige Regierung auch von der ungarischen Verfassung auf die Pflicht für die Mitgliedern der ungarischen Nation verpflichtet wurde. Diese Einführung beschäftigt sich mit der historischen Übersicht nicht; aber es lohnt sich zu bemerken, dass die ungarischen Regierungen ihren Standpunkt in den Konflikten folgerichtig gegen die Serben eingenommen haben. So taten sie ab der für das Kroatien gelieferten Waffen, durch die Beteiligung in den Kriegsoperation von NATO gegen Serbien (die Routen des Durchganges und des Durchfluges), bis die Bestätigung der Unabhängigkeit von Kosovo. All diese musste die ungarische Aussenpolitik so ausführen, daß die ungarische Bevölkerung in Neusatz „der Geisel“ der serbische Politik nicht werden kann, und die ungarische Politik kann, wegen des nationalen Interesse, die Belgrader Leitung dauernd nicht entfremden. Laut der Zeichen ist es gelungen, was wir als nachahmenswertes Beispiel der ungarischen aussenpolitischen Vereinbarung auffassen können.

Die ungarische südosteuropäische Aussenpolitik offenbart sich minimal in drei Kraftfelder. Das erste Mal muss man die euroatlantische Integration erwähnen. Das lebenswichtige Interesse der atlantischen Gemeinschaft ist ein einheitliches, sicheres, stabiles Europa ins Leben zu rufen. Ein Gebiet des strategischen Ziels ist der nichtverwirklichten Westbalkan. Hier finden wir Staaten, die die Mitglieder keiner euroatlantischen integrierenden Organisation sind. Diese Staaten sind Mitglieder von NATO, entweder ihr Anschluss ist voraussichtlich in der nächsten Zukunft, oder sie sind Mitglieder sowohl von NATO als auch von EU. Die NATO- und EU-Mitgliedsaussichten sind unterschiedlich, das heisst, man muss gegen sie differenzierte Politik führen. Eminentes Interesse von Ungarn ist die je schnellere und vollere Integration von Westbalkan in der euroatlantischen Gemeinschaft; im Interesse dieser Integration muss Budapest für die berührten Länder alle Institutions- und andere Stützung geben, und muss Budapest sie in der Erfüllung des Anschlusses im Vereine mit der Internationalgemeinschaft stützen. In dieser Frage hat Ungarn spezielle Interessen: im Allgemeinen der Minderheitenschutz, und dieser ist besonders in Serbien Priorität zu bekommen – das Recht der Aufstellung von der Nationalräte ist der entsprechende Schritt in die gute Richtung. Die Minoritäten verfügen über weitreichende Rechte; diese Minoritäten befördern die Niederlassung in der Integration und in diesem Gebiet auftretende sicherheitspolitische Risiken wurden von Ihnen offenbar vermindert.

Das andere Kraftfeld ist in weiterem Sinne Mitteleuropa. Das grundlegende Interesse von Ungarn ist die Fortsetzung einer in allen Richtungen offenen gebietlichen Politik wegen seiner geopolitischen Stellung. Neben der nördlichen Visegrader Zusammenarbeit öffnete die Kleindonauzusammenarbeit, in erster Reihe, Kultur-, Unterrichts- und Forschungstore nach Westen. Diese Kooperation kam unter der Orbán-Regierung (1998 – 2002) zustande. Die Regionalpartnerschaft ist ein Versuch auf die Zusammenarbeit von Österreich, Slowenien und V4. Der Regional Kooperationsrat (RCC) richtet sich ausdrückt auf den Westbalkan nur so wie zu grossem Teil die Organisation der Südosteuropäische Kooperation (SECI). Die Mitteleuropäische Anregung zeigt schon in östlich-südöstlicher Richtung, und die Organisation der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation (BSEC) kann für Ungarn tangential wichtig sein.

Ungarn befindet sich in der Mitte eines weiteren mitteleuropäischen Beziehungssystems und kann später diese Schlüsselposition in 2011 unter der EU-Präsidentschaft stärken, wenn das Hauptthema die Donaustrategie wird. Natürlich muss man viele Fragen wegen einer mehr oder weniger kohärenten Donaupolitik, zum Beispiel die gegensätzlichen Interessen zwischen der Schiffbarkeit und der Wasserqualität, klären.

Ein anderes Zentralelement der Regionalpolitik und der ungarischen EU-Präsidentschaft ist die Energiesicherheit. Grundlegend handelt es sich um die Milderung der bedeutenden einseitigen Energieabhängigkeit von dem Raum. Das eklatante Zeichen dieser Milderung ist die Ausschliesslichkeit der östlich-westlichen Öl- und Gasleitungen; eine nördlich-südliche Zusammenarbeit würde nicht nur die Einfuhrrichtungen ändern (Norwegen, der Nahe Osten, Nordafrika), sondern auch würde sie die Staaten des Westbalkans mit Mitteleuropa verbinden. Ein anderes mögliches Gebiet der energetischen Zusammenarbeit würde die Erscheinung des flüssigen Gases durch kroatische und polnische Terminals.

Das dritte Gebiet bedeuten die zweiseitigen Verbindungen. Südosteuropa ist die wichtigste Zielfläche des Kapitalexports und der Handelsbeziehungen von Ungarn, obwohl man auch hier mit einem verstärkenden Wettbewerb, vor allem vom Teil von Österreich, entgegensehen muss. Die ungarische Aussenverbindungsstrategien unterstützen in letzte Zeit, dass man die in den Raum gerichtete Wirtschaftsaktivität – auch mit staatlicher Hilfe – erhöhen müsste. Obwohl man auf diesem gebiet schon Schritte getan hat, ist ein Teil der Möglichkeiten noch unausgenutzt.

In den bilateralen Beziehungen erscheint auch die spezielle ungarische Minderheitenfrage. Die ungarische politische Kräfte sind darin einverstanden, dass die Unterstützung des Verbleibens im Geburtsland von ungarischen Minderheiten und die Aufbewahrung ihrer Identitäten in allen möglichen Formen das strategische Ziel sind. In paradoxer Weise bringen die südosteuropäischen politischen Führer grosseres Verständnis der Minderheitenfrage entgegen, als früher. Mit dem Zerfall von Jugoslawien kam die Serben in Minderheitenlage in mehreren Nachfolgestaaten. Die Mehrzahl der südländischen ungarischen Bevölkerung lebt in der serbischen Voivodina, deshalb zeigen die belgrader Behörden nachgiebigere Haltung der ungarischen Minderheit, als früher (zum Teil wegen realpolitischer Erwägung, zum Beispiel einen Präzedenzfall zu schaffen). Aber die europäische Integrationsbestrebung lenkt das Denken der serbischen politischen Führung in Richtung der Übernahme von europäischen Werten und Normen.

Die Visumfreiheit macht den Durchgang der ungarisch-serbischen Grenze leichter. So kann Ungarn auch die Grenze entlang in südöstlicher Richtung besser zusammenarbeiten, oder auch Makroregionen auf Grund der gebietlichen Kohäsion zustande bringen. Wegen der Option der europäischen Integration wurden die Staaten von Westbalkan offener für die Schöpfung der fachpolitischen regionalen Zusammenarbeitsformen (zum Beispiel der Umweltschutz, der Unterricht usw.). Das madriider Rahmenabkommen (1980) stützt die Unterstützung der örtlichen Behörde mit zwischenstaatlichen Abkommenen die Grenze entlang; mit den Staaten des Bezirks wurden einen Ungarisch-Slowenischen Gemischten Ausschuss und ein Ungarisch-Kroatisches Regionales Koordiniertes Forum gegründet. In ungarisch-serbischer und ungarisch-romanischer Relation können wir über solche instituierte zweiseitige Zusammenarbeit nicht sprechen, aber mit beide Staaten funktionieren interministerieller Ausschüsse auf einiger Gebiete.

Die ungarische bewaffnete Macht nimmt an der Arbeit der bosnischen und kosovoer Friedentruppen und das ist eines Zeichen der ungarischen Sicherheitsinteressen in diesem Bezirk. Und die ungarischen technischen Truppen haben in der Wiederherstellung der bosnischen Schäden geholfen. Ausserdem sind ungarische Zivilorganisationen auch hier in diesem Bezirk, und sie helfen den Bau der lokalen Zivilgesellschaft die Demokratisierung des politischen Vorgänge (zum Beispiel die Wahlbeobachter in Albanien). Auch ungarische Sachverständigen arbeiten in Bosnien-Herzegowina an der Grundsätze der neuen föderativen Verfassung von dem Staat.

\*